

sifa – SICHERHEIT FÜR ALLE, Postfach 23, 8416 Flaach

Vorstand: U. Schlüer (Präs.), Flaach ZH; E. Bonjour, Noville VD; A. Glarner, Oberwil-Lieli AG; J. Grünenfelder, Wangs SG; D. Hierholzer, Zürich; J. Hutter, Altstätten SG; G. Lüchinger, Bern; F. Müri, Emmenbrücke LU; Y. Perrin, La Côte-aux-Fées NE; M. Schenker, Homburg TG; C. Schmid, Niederried BE; A. Strelbel, Winterthur ZH.

Start zur Volksinitiative gegen den Bau von Minaretten

Gegen den religiös-politischen Machtanspruch

Die Eidgenössische Volksinitiative «Gegen den Bau von Minaretten» wurde am 1. Mai 2007 lanciert. Die sifa unterstützt dieses Anliegen zur Bekämpfung eines religiös-politischen Machtanspruchs.

Im Jahr 2000 lebten 310'000 Muslime in der Schweiz. Gemäss Schätzungen sind es heute bereits 500'000 Muslime. Ein Stopp dieses rapiden Wachstums ist nicht zu erkennen. Damit stellt der Islam die drittgrösste Glaubensgemeinschaft in der Schweiz. Acht von zehn Muslimen in der Schweiz sind Ausländer. Ein beträchtlicher Anteil, nämlich 39,2 Prozent sind jünger als zwanzig Jahre. In ihrer Mehrheit sind die Muslime in der Schweiz männlich. Auffällig ist, dass die Muslime die höchste Arbeitslosenquote unter allen Religionsgemeinschaften aufweisen. (Angaben gemäss Volkszählung 2000).

Die Religionsfreiheit ist verfassungsmässig garantiert. Aber wir dürfen nicht tolerieren,

wenn unsere Gesetze unterlaufen werden. Das gesellschaftliche Fundament unseres Landes ist christlich-abendländisch geprägt. Das gilt es von nicht-christlichen Religionen zu akzeptieren.

Die nicht-muslimische Bevölkerung empfindet Minarette als Provokation und Proklamation religiös politischer Machtansprüche. Die deutsche Islamwissenschaftlerin Annemarie Schimmel formulierte zum Minarett wie folgt: *«Das Minarett ... wird als eine Art Siegesturm aufgefasst, als das sichtbare Zeichen der Gegenwart des Islam in einem neu eroberten Gebiet.»*



Es gilt, die christlich-abendländische Tradition unserer europäischen Kultur zu stärken und die Demokratie zu verteidigen. Wenn wir den religiösen Frieden im Land sichern wollen, dann müssen wir die Ausbreitung des Islam bremsen. Dazu ist ein Verbot von Minaretten unumgänglich.

Helfen Sie mit, die notwendigen 100'000 Unterschriften rasch beizubringen.
Bitte senden Sie beiliegenden Unterschriftenbogen ganz oder teilweise ausgefüllt möglichst bald zurück.

Wir danken Ihnen dafür herzlich!

Weitere Unterschriftenbogen können bezogen werden:
Eidgenössische Volksinitiative gegen den Bau von Minaretten,
Postfach 23, 8416 Flaach, Telefon: 052 301 31 00, Fax 052 301 31 03,
www.minarette.ch

Parlament sabotiert Verwahrungs-Initiative

Mit 56 Prozent Ja-Stimmen wurde vor gut drei Jahren die Verwahrungs-Initiative deutlich angenommen, obwohl (mit Ausnahme der SVP) alle Parteien und Verbände sich gegen die Initiative ausgesprochen hatten. Nun sabotiert das Parlament die Ausführungsgesetzgebung.

Bevor dieses Volksbegehren zur Abstimmung gelangte, wurde es der üblichen Prüfung unterzogen. Die juristische Stellungnahme, auch im damaligen Abstimmungs-Büchlein festgehalten, war klar: Die Initiative steht nicht in Widerspruch zu so genannt «zwingendem Völkerrecht». Deshalb erklärte das Parlament die Initiative als gültig und unterbreitete sie dem Souverän zur Volksabstimmung. Volk und Stände nahmen die Initiative im Wissen um ihre Völkerrechtskonformität am 8. Februar 2004 an.

Doch nun kommen die teilweise gleichen Juristen und verlangen, dass die Verwahrungs-Initiative nachträglich als ungültig erklärt

wird, weil diese «völkerrechtswidrig» sei. Die nationalrätliche Rechtskommission unter dem Vorsitz des links-grünen Juristen Daniel Vischer weigert sich, ihrer Pflicht nachzukommen und eine entsprechende Ausführungsgesetzgebung auszuarbeiten. Die Juristen behaupten, man habe doch nicht mit der Annahme der Initiative durch Volk und Stände rechnen können. – Eine unglaubliche, an Perfidie und Hass auf nicht genehme demokratische Entscheide nicht zu überbietende Provokation.

Die sifa hatte sich im Abstimmungskampf massiv für die Verwahrungs-Initiative stark gemacht. Wenn das unermessliche Leid, das nicht therapierbare Gewalt- und Sexualstraftäter verschuldet haben, schon nicht rückgängig gemacht werden kann, dann soll wenigstens jede Wiederholung solch schrecklicher Taten verhindert werden. Es darf nicht sein, dass das Parlament die Ausführungsgesetzgebung einer von Volk und Ständen klar angenommenen Volksinitiative nachträglich sabotiert.

Keine Doppelbürger einbürgern

Kürzlich wurden in der Gemeinde Oberriet SG an der Gemeindeversammlung drei von sechs Gesuchstellern nicht eingebürgert. In der Presse ging das gewohnte Gezeter los. Verschiedene Leserbriefe, die der sifa vorliegen, verdeutlichen aber, weshalb die Einbürgerungen abgelehnt wurden. Zahlreiche Einbürgerungswillige wollen sich offenbar nur einbürgern lassen, wenn sie ihre alte Nationalität behalten dürfen. Der Schweizer Pass ist keine Ware, die man kaufen kann. Er ist das Resultat einer bewussten Wahl. In Oberriet hingegen wollten Gesuchsteller nicht auf ihr altes Bürgerrecht verzichten. Die sifa begrüsst eine Regelung, die in Zukunft Doppelbürgerschaften verbieten würde. Wohlverstanden: Eine solche Regelung kann nur für zukünftige Einbürgerungen gelten und hat keinerlei rückwirkende Effekte. Sie kann auch erst vollzogen werden, wenn die sogenannte Probezeit (fünf Jahre) für einen frisch Eingebürgerten abgelaufen ist. Danach muss der Gesuchsteller das alte Bürgerrecht abgeben.

The logo for 'sifa' features the word 'sifa' in a bold, lowercase, sans-serif font. A small red cross is positioned above the letter 'i'. The logo is centered within a white rectangular area.

SICHERHEIT FÜR ALLE

Aktion gegen Kriminalität

2/2007

Ich trete bei

(Jahresbeitrag mindestens Fr. 20.–)

Name Vorname

Strasse/Nr.

PLZ/Ort

E-Mail

Bitte einsenden an:

sifa – SICHERHEIT FÜR ALLE
Postfach 23, 8416 Flaach
Tel. 052 3013100 - Fax 052 3013103
www.sifa-schweiz.ch
info@sifa-schweiz.ch
PC-Konto 87-370818-2

Täternationalitäten nicht verschweigen

Medien, aber auch Polizeistellen weigern sich konstant, bei Täternennungen konsequent die Nationalität mit anzugeben.

Kürzlich schlug ein Jugendlicher in Hedingen ZH einen Erwachsenen dermassen zusammen, dass dieser sich tödlich verletzte. Die Medienstelle der Kantonspolizei Zürich verschwieg, dass es sich beim mutmasslichen Täter um einen eingebürgerten Jugendlichen aus Serbien-Montenegro handelte. Die Zürcher SVP forderte die Ergänzung des kantonalen Gesetzes über Information und Datenschutz:

«Die Verlautbarungen der Polizei und der Justizvollzugsbehörden haben auf die Nationalität von Tätern hinzuweisen. Zu erwähnen ist ferner, wenn ein Täter die schweizerische Staatsbürgerschaft vor weniger als zehn Jahren erlangt hat.»

Der Zürcher Kantonsrat lehnte diesen Antrag im Februar 2007 klar ab.

Der Solothurner Kantonsrat Heinz Müller forderte bereits 2004 in einer Motion, dass der Mediendienst der Polizei des Kantons Solothurn künftig konsequent die Nationalität von Tätern erwähnt. In ihrer sehr indifferenten Antwort meint die Solothurner Regierung, die Nennung der Nationalitäten aller involvierter Personen «würde gegen den Grundsatz der Verhältnismässigkeit verstossen». Die entsprechenden Entscheidungen müssten «der zuständigen Verwaltungseinheit» überlassen werden. Von der sifa angefragte Behörden und Medienstellen antworten dazu immer mit der gleichen Floskel: Die Angaben würden gemacht, wenn sie «für die Ermittlungen relevant» sind.

Wer über die steigende Gewaltkriminalität hinwegsieht, wer in Statistiken oder Polizeimeldungen die Nationalität der Täter verheimlicht, wer nicht zulassen will, dass in der Kriminalitätsstatistik eine Kategorie der Eingebürgerten geschaffen wird, stellt sich einer Lösung der Probleme entgegen. Und wer sich einer schonungslosen Problemanalyse verweigert, ist letztlich Teil des Problems.



Behördenvertuschung: Nicht immer wird die Nationalität von Tätern genannt.

Eine seriöse Medienberichterstattung geradezu verhindern will die Richtlinie 8.2. des Schweizerischen Presserates. Darin heisst es unter dem Titel «Diskriminierungsverbot»:

«Bei Berichten über Straftaten dürfen Angaben über ethnische Zugehörigkeit, Religion, sexuelle Orientierung, Krankheiten, körperliche oder geistige Behinderung gemacht werden, sofern sie für das Verständnis notwendig sind. Die Nennung der Nationalität darf keine Diskriminierung zur Folge haben.»

Und weiter heisst es: *«Besondere Beachtung ist dem Umstand zu schenken, dass solche Angaben bestehende Vorurteile gegen Minderheiten verstärken können.»* Ob solche Angaben «für das Verständnis nötig» sind, könnte man getrost dem Leser überlassen!

Ja zur IV-Revision

Am 17. Juni wird über die 5. IV-Revision abgestimmt. Die sifa begrüsst die Vorlage als wichtigen Schritt zur strukturellen Stabilisierung der Versicherung. Es geht darum, den Missbrauch zu stoppen. Die Zahlen der letzten Jahre sind alarmierend:

IV-Ausgaben	1990	4,1 Milliarden Franken
	2000	8,7 Milliarden Franken
	2003	10,7 Milliarden Franken
	2006	11,2 Milliarden Franken
IV-Rentenbezüger	1990	164'329
	2000	228'714
	2006	298'684

Jetzt reicht's!

Wie die Bundeskanzlei am 27. Februar 2007 bestätigte, wurde die Petition «Das Mass ist voll» – gegen Jugendgewalt mit 31'029 Unterschriften eingereicht. Die Forderungen der Petition sind leider aktueller denn je: Einmal mehr sind Eltern von schulpflichtigen Kindern im

Veranstaltungs-Hinweis:

sifa-Stammtische zur Sicherheitspolitik

Das besondere Engagement der sifa für glaubwürdige Landesverteidigung hat unserer Organisation in den letzten Wochen einen Zuwachs von weit über hundert neuen Mitgliedern und Sympathisanten gebracht. Dieses Echo verpflichtet uns, dem Thema Landesverteidigung die ihm gebührende Priorität einzuräumen. Mit diesem Ziel vor Augen ruft die sifa neu «Stammtische zur Sicherheitspolitik» ins Leben. Diese werden regelmässig durch ein Votum zu einem aktuellen Armee-Problem eingeleitet und dienen nachher der freien Diskussion unter den Teilnehmern.

Der erste sifa-Stammtisch zur Sicherheitspolitik fand am 2. Mai in Luzern statt. Das Votum von KKdt ad Simon Kuchler zum Thema Milizarmee fand grosses Echo.

Der zweite sifa-Stammtisch zur Sicherheitspolitik findet statt am:

Montag, 4. Juni, 2007, 18.30 Uhr
Hotel Bären, Bernstrasse 25, Ostermundigen
Erstvotant: Peter Regli,
ehemaliger Chef Nachrichtendienst
Thema: Nationale Sicherheit

Voranzeige auf weitere sicherheitspolitische Stammtische:

Mi, 5.9.07, 19.30 Uhr, Baden AG
Mi, 7.11.07, 19.30 Uhr, Wil SG

Wir freuen uns auf das Gespräch mit Ihnen.

sifa

Kanton Zürich mit einer mutmasslichen Vergewaltigung an einem Mädchen durch zwei Oberstufenschüler dominikanischer und türkischer Herkunft konfrontiert. Beim betroffenen Schulhaus handelt es sich um das Nägelimoos in Kloten. Statt Taten und Lösungen zu präsentieren, wird eine millionenteure «Reformpolitik» an den Schulen betrieben, um immer noch mehr Stellen für Sozialarbeiter, Schulleitungen, Gewaltpräventionisten, Pausenplatzmediatoren und Jugendpsychologen zu schaffen.

Parlamentsdienste
Services du Parlement
Servizi del Parlamento
Servizis dal parlament

 Sekretariat der Kommissionen für
Rechtsfragen
CH-3003 Bern
Tel. 031 322 97 19/97 10
Fax 031 322 98 87
www.parlament.ch
rk.ca@pp.admin.ch

sifa - Sicherheit für alle
Schweizerzeit Vorlags AG
Postfach 23
8416 Flaach

27. Februar 2007

07-08 Petition. Verschärfte Massnahmen gegen Gewalttäter

Sehr geehrte Damen und Herren

Hiermit bestätigen wir den Empfang Ihrer oben erwähnten Petition vom 19. Februar 2007 mit 31'029 Unterschriften.

Die zuständigen Kommissionen der eidgenössischen Räte werden sich mit der Eingabe befassen. Das parlamentarische Verfahren erfordert jedoch erfahrungsgemäss einige Zeit. Wir werden Sie über den Verlauf der Behandlung orientieren.

Mit freundlichen Grüessen
Die Sekretärin der
Kommissionen für Rechtsfragen

Christine Lanzoni

Voranzeige

sifa-Generalversammlung 2007

Die sifa-Generalversammlung findet dieses Jahr statt am

Mittwoch, 12. September 2007, 18.30 Uhr in Zürich

Bitte reservieren Sie sich schon heute dieses Datum. Genauere Angaben zu dieser Veranstaltung werden Ihnen rechtzeitig bekannt gegeben.


SICHERHEIT FÜR ALLE
Aktion gegen Kriminalität

2/2007

sifa – SICHERHEIT FÜR ALLE
Postfach 23, 8416 Flaach
Telefon 052 301 31 00
Fax 052 301 31 03
www.sifa-schweiz.ch
info@sifa-schweiz.ch
PC-Konto 87-370818-2